

Unsere Wirtschaftsordnung wird unglaublich

Richard Jilka

Lange hat es gedauert. Zahllose schmerzhaft Erfahrungen und getrogene Erwartungen mußten vielfach erlebt werden, bis in der breiten Öffentlichkeit die hinter beachtlichen Erfolgen verborgenen unglaublichen Seiten und grundsätzlichen Widersprüche unserer Wirtschaftsordnung besprochen werden. Sollten demnächst ihre Grundlagen zu Diskussion stehen? Tatsächlich beginnen in Deutschland die Leute, einige der herrschenden Lügen als solche zu erkennen. Bei meinen Vorträgen zur Sozialgeschichte bemerke ich an meinen Zuhörern ein mir bisher hauptsächlich aus den neuen Ländern bekanntes Phänomen: mit ausdruckslosen Mienen hören mir die Leute zu, erst nach einer Weile, wenn sie Zutrauen gefaßt haben, beginnen sie vertraut zu nörgeln. Der Diskurs der ökonomischen Sachzwänge, dem die Bürger sich unterwerfen sollen, ist tatsächlich propagandistisch optimal aufgestellt, vielleicht zu gut. Die uns mit alternativloser Allgegenwart umspülenden einschlägigen Phrasen werden immer weniger ernst genommen. Sie werden zunehmend wie die Agitation einer Herrschenden Partei aufgefaßt, deren Verlautbarungen man regungslos über sich ergehen läßt, ohne sie zu glauben. Die andauernde Lüge und verbreitete Korruption ist unübersehbar geworden.

Auf der Suche nach Geldwäschern des internationalen Terrorismus, gegen den bekanntlich jedes Mittel recht ist, hat der Verfassungsschutz von einem Gauner für 4,8 Mill. € einschließlich falscher Pässe die Daten von dem Fiskus entgangenen Millionen auf Liechtensteiner Bankkonten gekauft. Die Investition rentiert sich überraschend schnell. Der erste spektakuläre Schlag der Polizei richtete sich gegen den angesehenen Herrn Zumwinkel, den Chef der Post. Er gehörte zur Riege jener Hochglanzmänner, die, gepanzert mit fachlicher Autorität, den Leuten empfehlen, unter den gegebenen Bedingungen den Gürtel enger zu schnallen und die Ärmel hochzukrempeln, während sie mit angeblich alternativlosen Konzepten unsere Wirtschaft fit für die Globalisierung machen und dabei Millionen einheimsen. Nun entpuppt sich der ehrenwerte Wirtschaftsmoralist als Steuerhinterzieher, etwas Schadenfreude ist erlaubt. Mit ihm erwischte es den Ersten von etwa tausend gewichtigen Steuerhinterziehern. – Selbstverständlich hat man in der Parallelgesellschaft der Schwerreichen wenig Verständnis für solches Vorgehen und wird den Verfassungsschutz verklagen. Wegen des staatlichen Anschlags auf ihr Kapital werden sich die Betroffenen zusammenrotten und juristisch politische Gegenmaßnahmen ausbaldowern, dergleichen gehört zur Kernkompetenz von Leistungsträgern. Aber der Schreck sitzt tief, vorsichtshalber haben sich bereits über 80 von ihnen selbst angezeigt und vorab 25 Mill. überwiesen. Die Republik erwartet mehr als 250 Mill. € Steuernachzahlung. Wegen der im Kampf gegen den Terrorismus, der diesmal nicht illegale Einwanderer oder Schwarzarbeiter betrifft, üblich gewordenen Amtshilfe äußerte sich

Frankreich dankbar, auch England und Amerika begannen mit Ermittlungen gegen ihre Millionäre in Lichtenstein. Die Parallelgesellschaft kann nun auch in ihren anderen Oasen wie Monaco oder Andorra nicht mehr sicher sein. Wird der Schreck ihre Zahlungsmoral stärken? Eine vergleichbare Aktion gegen das Kapital hätte ich unserer Republik nicht mehr zugetraut. Manchmal gibt es wirklich Anlaß, stolz auf unsere Republik zu sein, z.B. als ein Verfassungsrichter mit Bezug auf Immanuel Kant in Erinnerung rief, daß gemäß unserer in Wahlkämpfen regelmäßig beschworenen Werte jeder Mensch ein Zweck an sich selbst sei, der nicht für Andere geopfert werden dürfe, weshalb der präventive Abschluß ziviler Flugzeuge grundsätzlich abzulehnen ist. Aber die Republik reagiert bloß defensiv. Der Schlag gegen kapitalkräftige und angesehene Steuerhinterzieher ist wenig mehr als ein grandioser Witz, eine Arabeske, denn mehr als ein Gespenst geht um; vielleicht sind die Leichen im Keller unserer Zivilisation noch gar nicht richtig tot.

Unser Wirtschaftsordnung, also die Grundlage dieser unseren Gesellschaftsordnung, wird zunehmend unglaubwürdig. Das ändert zunächst wenig an den realen Machtverhältnissen, aber Macht ist im wesentlichen etwas, das geglaubt wird. Die Bundesrepublik bestimmt sich in ihrer Verfassung als „Sozialstaat“ und bezeichnet ihre Form des Kapitalismus als „Soziale Marktwirtschaft“. Beide Formulierungen drücken aus, daß unser Staat sich verpflichtet, die Härten der reinen, schrankenlosen Marktwirtschaft, deren Dynamik allgemein erwünscht ist, für die Arbeitnehmer abzufedern und für die Teilhabe der Bevölkerung am wirtschaftlichen Gedeihen Sorge zu tragen. Mit dem selbstgestellten Anspruch, auch wirtschaftliche Gerechtigkeit zu bezwecken, unterschied sich die Bundesrepublik von früheren Staaten in Deutschland und legitimierte ihre demokratische Ordnung auch ökonomisch. Die Sozialstaatlichkeit wurde ein Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik konnte die Brutalität der Marktwirtschaft durch die Beteiligung aller Mitarbeiter, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße, am ökonomischen Wachstum überdeckt und durch den Ausbau des Sozialstaates akzeptabel gestaltet werden.

Jedoch stimmt der sozialstaatlich Anspruch offensichtlich längst nicht mehr mit der Realität überein. Wirtschaftlicher Erfolg kommt nicht mehr automatisch, wie zu Ludwig Erhards Zeiten, auch dem Gemeinwesen zugute, sondern hat sich weitgehend privatisiert, während der Staat, die Kommunen, die Arbeitnehmer und die Ausgegrenzten die Kosten tragen. Die Vermehrung des Kapitals hat sich von der Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums unabhängig gemacht. Der Kapitalismus dient nicht mehr, wovon Ehrhard ausging, der Allgemeinheit, sondern sich selbst. Diese, seit Jahrzehnten bemerkbare, Tendenz wurde in der letzten Zeit nicht bloß wegen des privilegierten Lebensstils einer Parallelgesellschaft von Multimillionären und Steuerhinterziehern von der veröffentlichten Meinung thematisiert. Hinzu kommt die Debatte um Managergehälter, die im Vergleich zu anderen Einkommen

unverhältnismäßig steigen. Bei der Post beispielsweise sollen sich die Vorstandsgehälter in den vergangenen 11 Jahren von dem Neunfachen des durchschnittlichen Lohns eines Beschäftigten auf das über Vierzigfache erhöht haben. Im vergangenen Jahr sind die Bezüge der Manager, erfolgsbedingt, um mehr als 16% gestiegen, während die übrigen Einkommen etwa gleich blieben. Worin also, fragt man sich in einer Demokratie zu recht, besteht der Erfolg der Macher und Machthaber, wenn die Leute daran nicht beteiligt sind? Auch wegen dem Stellenabbau bei Nokia, nun auch BMW, Siemens und anderen erfolgreichen Konzernen wird überdeutlich, daß die jahrzehntelange Phraseologie, wonach Lohnzurückhaltung, Verlängerung der Arbeitszeit oder Stellenabbau unvermeidlich seien, um konkurrenzfähig produzieren zu können, keine Entschuldigung bedeutete, sondern gelogen war. Denn von konkurrenzfähig produzierenden Expotweltmeistern werden hierzulande beachtliche Gewinne erwirtschaftet, die deshalb nicht genügen, weil etwas mehr zu erwirtschaften möglich ist, was von den Kapitalgebern verlangt wird. Bei den Diskussionen um Arbeitsverhältnisse und Löhne und soziale Nebenkosten und Steuern geht es also nicht primär um konkurrenzfähige Wirtschaftlichkeit, deren Sachzwängen sich der Bundesbürger geduldig & einsichtig zu beugen gewillt ist, sondern um die Maximierung der Rendite, die optimale Verzinsung und Vermehrung des pekuniären Kapitals auf Kosten des menschlichen Kapitals. Daß er vermehrt für andere arbeiten muß, ohne mehr davon zu haben, als wachsenden Konkurrenzdruck an einem, unabhängig von seiner persönlichen Leistung, gefährdeten Arbeitsplatz, das sieht der Bundesbürger nicht ein, das empört ihn. Lange hat sich der Bundesbürger geduldig, beinahe demütig, ja sogar hoffnungsvoll den vorgebliebenen Sachzwängen des Marktes gebeugt. Endlich beginnt er zu nörgeln, zu fordern, sogar zu streiken. Bisher kritisierte man in der breiten Öffentlichkeit hauptsächlich die unrechtmäßige Bereicherung, vielleicht wird demnächst gewagt, auch die unverhältnismäßige Bereicherung, die weniger durch Leistung als durch Macht erklärt werden kann, zu beanstanden. Wohlstand könnte als ein Produkt der Arbeit unserer gesamten Gesellschaft angesehen werden, wovon Menschen auszugrenzen mit den Werten unserer Demokratie unvereinbar ist. Vielleicht tragen die Skandale um Steuerhinterziehungen, grandiose Managerpfründe, die Entlassungen bei erfolgreichen Konzernen oder die Verweigerung von Ausbildungsplätzen dazu bei, endlich eine breite, öffentliche Diskussion über die Grundlagen unserer Wirtschaftsform zu führen, anstatt sie weiterhin wie ein unveränderliches Naturgesetz hinzunehmen.

Donnerstag, 28. Februar 2008